



## Mandanten-Information

## Hinweise zum Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mandanten,

sicherlich haben Sie schon vom **Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG)** gehört oder gelesen.

Zum 01.07.2023 zahlen Eltern mit mehreren Kindern geringere Beiträge für die Pflegeversicherung. Diese Änderung sieht das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) vor.

Arbeitnehmer mit mehreren Kindern werden ab dem 2. Kind bis zum 5. Kind in Höhe von 0,25 Beitragssatzpunkten je Kind entlastet. Der Abschlag gilt bis zum Ende des Monats, in dem das Kind jeweils sein 25. Lebensjahr vollendet hat. Danach entfällt der Abschlag für diese Kinder.

Folgende Beitragssätze gelten ab dem 01.07.2023:

Beitrag für	Gesamtbeitrag	Arbeitnehmer
<b>Kinderlose</b>	4,00%	2,30%
<b>Eltern mit einem Kind bzw. mit Elterneigenschaft</b>	3,40%	1,70%
<b>Eltern mit 2 Kindern</b>	3,15%	1,45%
<b>Eltern mit 3 Kindern</b>	2,90%	1,20%
<b>Eltern mit 4 Kindern</b>	2,65%	0,95%
<b>Eltern mit 5 und mehr Kindern</b>	2,40%	0,70%

Der Beitragssatz des Arbeitgebers zur Pflegeversicherung bleibt in jedem Fall gleich.

Damit für Ihre ArbeitnehmerInnen der richtige Beitragssatz zur Pflegeversicherung bei der Lohnabrechnung ab 07/2023 berücksichtigt werden kann, bitten wir Sie, uns die Anzahl und das Alter der Kinder Ihrer ArbeitnehmerInnen mitzuteilen.

Dafür bitten wir Sie, von Ihren ArbeitnehmerInnen die Anlage „Mitteilung der Kinderdaten“ (Anlage 2) ausfüllen zu lassen und uns zuzusenden. Die Angaben benötigen wir für die Lohnabrechnung ab 07/2023. Angaben müssen nur für Kinder vorliegen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ältere Kinder werden nicht für die Berechnung der Abschläge berücksichtigt. Ältere Kinder werden jedoch weiterhin für die Elterneigenschaft berücksichtigt.

Wir empfehlen, für eine mögliche Sozialversicherungsprüfung durch die Deutsche Rentenversicherung eine Selbstauskunft Ihrer ArbeitnehmerInnen sowie entsprechende Nachweise (z.B. Kopie der Geburtsurkunde) vorzuhalten. Einen möglichen Vordruck für eine solche Selbstauskunft fügen wir als Anlage 1 bei.

Haben Sie Fragen, stehen Ihnen Ihre bekannten Ansprechpartner\*innen gerne zur Verfügung.

Beste Grüße & bleiben Sie gesund

Ihr Team von Korthäuer & Partner

**Freiwillige Selbstauskunft gegenüber dem Arbeitgeber**  
**zur Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder zur Ermittlung des Beitrages zur sozialen**  
**Pflegeversicherung nach § 55 Abs. 3 SGB XI**

Stand: 9. Juni 2023

**Arbeitgeber:** \_\_\_\_\_

**Angaben zur beschäftigten Person:**

Name:

Vorname:

Personal(stamm)nummer:

Ich bin kinderlos             ja             nein    →        bei "nein" ist nachfolgende Angabe  
zu dem/den Kind/Kindern erforderlich!

**Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder unter 25 Jahren nach § 55 Abs. 3 SGB XI:**

Ich versichere folgende Zahl von berücksichtigungsfähigen Kindern mit Stand zum 1. Juli 2023:

- Keine Kinder unter 25 Jahren
- 1 Kind
- 2 Kinder
- 3 Kinder
- 4 Kinder
- 5 und mehr Kinder

- Hinweise zu berücksichtigungsfähigen Kindern nach § 55 Abs. 3 SGB XI erhalten Sie bei Ihrer Krankenkasse.
- Bitte geben Sie nur die Anzahl der Kinder BIS zum vollendeten 25. Lebensjahr an. Sollten alle Ihre Kinder bereits das 25. Lebensjahr vollendet haben, kreuzen Sie bitte „Keine Kinder unter 25 Jahren“ an.
- **Achtung:** Jede Änderung muss umgehend und unaufgefordert der Personalabteilung mit Angabe der Wirksamkeit (gültig ab) mitgeteilt werden.

**Hinweise:**

Es handelt sich um eine freiwillige Selbstauskunft. Sie müssen gar keine Angaben machen oder können einzelne Kinder unberücksichtigt lassen. Es können jedoch bei der Beitragsermittlung ausschließlich die angegebenen Kinder berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Kinder, die gemäß Ihrer Angaben berücksichtigt werden sollen, gilt Folgendes:

- **Mitwirkungspflicht:** Nach § 28o Abs. 1 SGB IV sind Beschäftigte dazu verpflichtet, gegenüber dem Arbeitgeber die zur Durchführung des Meldeverfahrens und der Beitragszahlung erforderlichen Angaben zu machen und, soweit erforderlich, dazu notwendige Unterlagen vorzulegen. Dies gilt bei mehreren Beschäftigungen gegenüber allen beteiligten Arbeitgebern. Nach § 111 Abs. 1 Ziffer 4 SGB IV begehen Beschäftigte eine Ordnungswidrigkeit, wenn sie vorsätzlich oder leichtfertig diese Auskünfte nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilen oder die erforderlichen Unterlagen nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegen. Diese Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 111 Abs. 4 SGB IV mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden. Falsche Angaben stellen zudem eine Verletzung einer arbeitsrechtlichen Pflicht durch die Arbeitnehmerin bzw. den Arbeitnehmer dar und können unter anderem arbeitsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Jede Änderung der angegebenen Verhältnisse muss unaufgefordert der Personalabteilung mitgeteilt werden.
- **Datenschutz:** Ihre personenbezogenen Daten werden verarbeitet und gespeichert, soweit und solange dies zur Erfüllung der dem Arbeitgeber obliegenden Aufgaben erforderlich ist. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 c) DS-GVO (i.V.m. § 55 Abs. 3 SGB XI).

Ich versichere die Hinweise zur Kenntnis genommen und meine Angaben entsprechend gemacht zu haben.

---

Ort, Datum

Unterschrift beschäftigte Person

# Mitteilung der Kinderdaten für die Lohnabrechnung

Mit den nachfolgenden Angaben teile ich die Kinderdaten meiner folgenden Kinder mit:

1.

---

Vorname / Familienname / Geburtsdatum

2.

---

Vorname / Familienname / Geburtsdatum

3.

---

Vorname / Familienname / Geburtsdatum

4.

---

Vorname / Familienname / Geburtsdatum

5.

---

Vorname / Familienname / Geburtsdatum